

Die Bundesbürger verlangen nach einer Debatte über die Sicherheit unseres Landes. Es ist die Aufgabe der Union als Partei der inneren und äußeren Sicherheit, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen. Migrationsbewegungen zwingen uns, neu darüber nachzudenken, wie wir unsere Außengrenzen schützen und Fluchtursachen bekämpfen können. Terroranschläge in Deutschland und Europa verdeutlichen, dass die Konflikte der Welt auch in unserer Heimat angekommen sind. Darüber hinaus muss die offensive Außenpolitik Russlands auch die Prioritäten unserer Politik verändern. Die Zeiten, in denen wir die Verantwortung für unsere eigene Sicherheit behaglich an andere abschieben konnten, sind unwiederbringlich beendet. Das national ausgerichtete Agieren der amerikanischen Regierung verstärkt diese Erkenntnis in vielen Bereichen.

Die kommende Bundesregierung wird für diese Zeitenwende überzeugende Antworten finden müssen. Jetzt zu Beginn der neuen Legislaturperiode gilt es, die Sicherheitsarchitektur Deutschlands als Ganzes zu betrachten und zu überprüfen, ob unsere Aufstellung vor dem Hintergrund der geopolitischen Veränderungen noch optimal ist. Unsere feste Verwurzelung im Kreise unserer westlichen Partnerländer ist Teil unserer Identität. Doch wenn man bedenkt, wie oft es die Hinweise befreundeter Nachrichtendienste sind, auf die wir unsere eigene Gefahrenabwehr stützen müssen, stellt sich die Frage, ob nicht eine deutliche personale und institutionelle Stärkung unseres eigenen Auslandsnachrichtendienstes notwendig ist.

Terroranschläge in Deutschland haben gezeigt, wie wichtig, sogar unerlässlich eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden ist. In Anbetracht der großen Zahl an unterschiedlichen Sicherheitsorganisationen in unserem Land – mit den 16 Länderpolizeien, der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt, den Landesämtern für Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Verfassungsschutz sind nur die Wichtigsten genannt – müssen wir darüber sprechen, ob diese Verästelung noch zweckmäßig ist oder ob wir uns effizienter aufstellen können. Ziel muss eine leistungsfähigere gemeinsame Struktur unserer Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern sein.

Auch die Bundeswehr ist ein zentraler Baustein dieser deutschen Sicherheitsarchitektur. Neben ihren klassischen Aufgaben bei der Bündnisverteidigung und Auslandseinsätzen zur Krisenbewältigung müssen wir genau definieren, wie die Bundeswehr die Polizei bei Terrorlagen im Inland künftig besser unterstützen kann. Dafür muss die Zusammenarbeit vertieft geübt und die Bundeswehr noch viel intensiver in die Sicherheitsplanungen mit den zivilen Behörden einbezogen werden.

Daneben wird die Digitalisierung unserer Gesellschaften weiterhin dazu beitragen, die Trennlinien zwischen äußerer und innerer Sicherheit aufzulösen. Auch deswegen müssen wir unsere Politik in diesen Zeiten neu denken.

International setzt Deutschland den Weg fort, der sich aus unserer gewachsenen Verantwortung in der Welt ergibt. Es ist in unserem eigenen Interesse, ein starker Anlehnungspartner für unsere Nachbarn zu sein und den europäischen Pfeiler in der Nato zu stärken (siehe Seite 42). In Anbetracht der Gefährdungslage muss der personelle und materielle Aufwuchs der Bundeswehr schneller als geplant erfolgen. Als Grundlage ist ein weiteres kräftiges Anwachsen des Verteidigungshaushaltes unumgänglich. Unsere Zielmarke ist das Erreichen der in der Nato zugesagten Fähigkeiten. Dafür ist es nötig, die deutschen Verteidigungsausgaben bis 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Die für die Bundeswehr geplanten Beschaffungen müssen wir mit Nachdruck umsetzen. Im Vordergrund steht hierbei, dass wir bestehende Ausrüstungslücken schließen, beispielsweise bei gepanzerten Fahrzeugen oder der Lufttransportfähigkeit. Die bestmögliche Ausrüstung für unsere Soldaten ist nicht zuletzt Ausdruck unserer parlamentarischen Verantwortung. Ein selbstverständlicher Teil hiervon ist die unverzügliche Beschaffung einer bewaffnungsfähigen Drohne.

Eine starke Industrie ist auch im militärischen Bereich ein wichtiger Baustein der Souveränität. Industrielle Konsolidierungen innerhalb Europas müssen wir in erster Linie unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten betrachten. In der Vergangenheit war das nicht immer der Fall. Um das künftig besser zu gewährleisten, sollten wir die Möglichkeit der staatlichen Mitwirkung bei Schlüsseltechnologien verbessern, notfalls auch über staatliche Beteiligungen an sicherheitsrelevanten Unternehmen, wie sie in anderen Ländern üblich sind. Auf dem Feld der Digitalisierung müssen wir die industrielle Grundlage dafür schaffen, nicht von außereuropäischer Technologie abhängig zu sein. Die eigenständige Beherrschung grundlegender Router-, Netzwerk- und Kryptotechnologien wird auf diese Weise zu einer Frage nationaler Sicherheit und Unabhängigkeit.

Die Bürger unseres Landes haben einen Anspruch auf eine langfristige und belastbare Planung zum Schutz ihrer Freiheit. Jetzt ist deshalb der Zeitpunkt, ein neues Kapitel unserer Sicherheitspolitik zu öffnen – und diese zu einem prägenden Element der künftigen Regierungsarbeit zu machen.

Wir müssen Deutschland besser schützen

Die Bedrohungen von außen und innen nehmen zu. Die nächste Bundesregierung muss dafür sorgen, dass Polizei, Geheimdienste und Bundeswehr leistungsfähiger werden.

Gastkommentar
Henning Otte



Henning Otte, 49, ist verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Jurist und Bankkaufmann aus Celle ist auch Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik.